

**Marija Kolak,  
Präsidentin des  
Bundesverbandes der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken (BVR)**

**Statement**

**Jahrespressekonferenz**

**17. März 2020**

Bundesverband der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:  
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4  
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

[presse@bvr.de](mailto:presse@bvr.de)  
[www.bvr.de](http://www.bvr.de)  
[twitter.com/BVRPresse](https://twitter.com/BVRPresse)  
[facebook.com/BVRBerlin](https://facebook.com/BVRBerlin)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mein Vorstandskollege Herr Hofmann und ich begrüßen die Livestreamzuschauer der Pressekonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) ganz herzlich. Wir hoffen, Sie sind alle gesund und munter. Ich wünsche uns allen, dass dies so bleibt. Um die Arbeitsfähigkeit des BVR-Vorstandes zu gewährleisten, sind wir sicherheitshalber nur mit zwei Dritteln des Vorstandes hier. Herr Dr. Martin hält die Stellung in Berlin und lässt Sie ganz herzlich grüßen. Wir wollten heute eigentlich hauptsächlich über das **Geschäftsjahr 2019** der jetzt 841 Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und genossenschaftlichen Spezialinstitute mit Ihnen reden. Das sind 34 Banken weniger als vor einem Jahr. Die Häuser erzielten mit einem voraussichtlichen Jahresüberschuss von 7,6 Milliarden Euro vor Steuern ein Plus von 19,3 Prozent. Der Kundenzuspruch ist ungebrochen, was sich in einem verbesserten Kredit- wie auch Einlagengeschäft niederschlägt. Auch der Provisionsüberschuss stieg um 5,7 Prozent an, während der Zinsüberschuss mit minus 0,6 Prozent moderat rückläufig war.

Zunächst reden sollten wir allerdings über die Herausforderungen für Politik, Gesellschaft und Finanzwirtschaft, an denen es derzeit nicht mangelt. Mit Zuversicht und Selbstvertrauen, dies will ich vorwegschicken, werden wir auch aktuelle Gefährdungen wie die rasche Ausbreitung des Coronavirus in den Griff bekommen. Mit Blick auf die genossenschaftlichen Institute bin ich zuversichtlich, dass diese eine solide Basis haben, um auch in dieser Stresssituation ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aufrecht erhalten zu können. Die Belastungen bzw. die Auswirkungen der Coronapandemie lassen sich zum aktuellen Zeitpunkt zwar nur sehr schwer beziffern. Als Vergleichsmaßstab könnte man aber den LSI-Stresstest der deutschen Bankaufsicht von 2019 heranziehen, der eine massive Wirtschaftseintrübung vorsah. Diesen Stresstest haben die Genossenschaftsbanken gut bestanden. Gleichzeitig konnten sie seit dem Zeitraum der Umfrage bereits weitere Reserven bilden, die einen zusätzlichen Puffer für die aktuelle Lage darstellen.

Die Konjunktur dürfte durch das Virus spürbar ausgebremst werden. Wie stark das Wachstum gedämpft wird, ist aktuell nur schwer zu beziffern. Im ersten Halbjahr ist eine **Rezession** wahrscheinlich. Für die zweite Jahreshälfte erwarte ich Aufholeffekte. In jedem Fall werden wir im Jahresdurchschnitt eine spürbare Wachstumsverlangsamung sehen. Die Nachfrage nach Dienstleistungen im Bereich des Tourismus, im Gastgewerbe und bei Veranstaltern im Bereich Sport und Kultur wird kurzfristig einbrechen und sich nur langsam erholen. Auch wird die exportorientierte Wirtschaft stark betroffen sein. Der Nachfragerückgang wird letztlich jedoch

den Großteil der Wirtschaft erfassen.

Meine Damen und Herren, was tun? Die Bundesregierung hat mit ihrem am vergangenen Freitag angekündigten **Schutzschild** das richtige Signal zur richtigen Zeit gesetzt. Mit der Erweiterung des Kurzarbeitergeldes, der Stundung von Steuerzahlungen und der umfassenden Hilfszusage durch die Ausweitung der KfW-Förderprogramme und der Bürgschaftsförderung der Bürgschaftsbanken reagiert sie entschlossen und zielgerichtet. Nun kommt es darauf an, dass die Umsetzung auch wie angekündigt pragmatisch und unbürokratisch erfolgt. Auch war das Signal wichtig, dass das Maßnahmenpaket nach Bedarf noch aufgestockt werden soll. Es ist entscheidend, dass die Bundesregierung unverzüglich an dem Ausbau des Schutzschildes arbeitet, gerade auch mit Blick auf die Liquiditätssituation besonders betroffener mittelständischer Unternehmen und Selbständiger.

Ferner sollte sich die Bundesregierung nun einen Ruck geben und den Solidaritätszuschlag zur Jahresmitte vollständig streichen. Über neue Steuern nachzudenken, verbietet sich in dieser Situation. Das gilt auch für eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der Grundrente. Ohnehin ist es ein verheerendes Signal für die Altersvorsorge im Niedrigzinsumfeld, das Wertpapiersparen durch eine Steuer unattraktiver zu machen.

Einen wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung hat auch die **Europäische Zentralbank (EZB)** geleistet. Bei der Coronakrise steht die Geldpolitik in der zweiten Reihe, hinter der Fiskal- und der Wirtschaftspolitik. Insofern war es richtig, die gezielten Refinanzierungsgeschäfte auszubauen und die Konditionen noch attraktiver zu gestalten, um den Liquiditätszugang für jene Unternehmen zu verbessern, die unmittelbar negativ von der Coronapandemie betroffen sind. Der Verzicht auf eine weitere Senkung des Einlagenszinssatzes war eine weise Entscheidung. Denn anders als in den USA, sendet eine noch extremere Zinspolitik kaum konjunkturelle Impulse aus. Sie erhöht weder die Kreditnachfrage noch die Investitionen und verschlechtert nochmals das Zinsumfeld für Privatanleger und die Kreditwirtschaft. Schon jetzt ist der Zinssatz im Euroraum deutlich niedriger als in allen anderen großen Volkswirtschaften weltweit. Und dies, obwohl das Bruttoinlandsprodukt und die Verbraucherpreise in moderatem Tempo steigen. Die Zinsmisere im Euroraum als Japan-Szenario zu bezeichnen, ist daher noch viel zu freundlich. In Japan liegt der Leitzins der Notenbank mit minus 0,1 Prozent bei weitem nicht so niedrig wie der Einlagensatz von minus 0,5 Prozent hierzulande, der inzwischen zum effektiven Leitzins der EZB geworden ist. Auch die zehnjährige Benchmark-Rendite liegt in Japan mit 0,0 Prozent weit entfernt vom

Euroraum mit dort minus 0,55 Prozent.

Noch extremere Zinsen würden mehr schaden als nützen. Den geringen Vorteilen für die Konjunktur stehen wachsende Gefahren für die Finanzstabilität gegenüber. Die EZB-Entscheidung lässt hoffen, dass diese Erkenntnis auch von den Währungshütern mehr und mehr geteilt wird. Für die Kreditwirtschaft mischen sich Negativzinsen, die flache Zinsstruktur und der intensive Wettbewerb zu einem schwer verdaulichen Cocktail. Ein zusätzlicher Belastungsfaktor liegt in den sinkenden Finanzierungsbedarfen einer alternden Bevölkerung und entsprechend schwächer wachsenden Märkten.

Trotz der negativen Rahmenbedingungen werden die Volksbanken und Raiffeisenbanken mit aller Kraft ihren Firmenkunden in dieser Krise als verlässlicher Partner und Finanzierer zur Seite stehen. Gemeinsam mit den von der Krise betroffenen mittelständischen Kunden wird es uns gelingen, Lösungen zu finden, um diese bestmöglich durch Unternehmenskredite und Liquidität zu unterstützen. Die genossenschaftliche FinanzGruppe wird ihren Beitrag zur Bewältigung dieser Krise leisten.

So wichtig wie die Anliegen unserer Firmenkunden, sind uns auch die Anliegen unserer Privatkunden und deren Altersvorsorge. Für die **Altersvorsorge** ist das Niedrigzinsumfeld ein zunehmendes Problem. Die Anreize zum Sparen sind extrem gering. Sparer müssen erheblich mehr auf die hohe Kante legen, um im Niedrigzinsumfeld ihre Sparziele zu erreichen. Ich will dies gern mit einem einfachen Zahlenbeispiel veranschaulichen. Bei einem 40-jährigen Sparplan führt ein Rückgang der Verzinsung von 3 Prozent auf 0 Prozent zu einem nahezu nur noch halb so hohen Auszahlungsbetrag – ein Rückgang um 46 Prozent. Was die nachhaltige Sicherung der gesetzlichen Rente angeht, erscheint es mir zweifelhaft, ob bald die nötigen Impulse in die Wege geleitet werden. Das drohende Scheitern der von der Bundesregierung berufenen Rentenkommission scheint zwar abgewendet, ich bin aber gespannt, wie die für den 27. März geplante Präsentation der Vorschläge der Rentenkommission letztlich ausfällt. Das Thema Altersvorsorge dürfte auch ein Thema im kommenden Bundestagswahlkampf werden.

Meine Damen und Herren, der einfachste und auch beste Weg, die private Altersvorsorge zu fördern, liegt darin, die **Riester-Rente** weiterzuentwickeln. Ich sage dies, obwohl mir bewusst ist, dass die Riester-Rente derzeit stark in der Kritik steht. Und es stimmt ja auch: Sie ist zu komplex

und auch die bürokratischen Anforderungen müssten deutlich verringert werden, wenn die Riester-Rente wieder attraktiv sein soll. Aber ein zusätzliches Förderprodukt ist unnötig. Die Modernisierung der Riester-Rente sollte ganz wesentlich auf einer Vereinfachung und Erhöhung der Förderung beruhen. Ein Element wäre der Übergang zu einer reinen Zulagenförderung. Der aktuelle zweistufige Förderansatz von Zulagen und Steuervorteilen macht das System unnötig komplex. Außerdem sollten künftig alle Steuerpflichtigen förderberechtigt sein: Damit würde die Prüfung auf mittel- oder unmittelbare Zulagenberechtigung entfallen. Mit diesen Verbesserungen und zusammen mit einem deutlichen Aufstocken der Förderung kann die Riester-Rente einen wesentlichen Beitrag zur Altersvorsorge leisten, gerade auch für Haushalte mit niedrigen Einkommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mein Statement nicht schließen, ohne noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir kurz vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nach wie vor die Bedingungen für das gemeinsame europäische Einlagensicherungssystem **EDIS** nicht erfüllt sehen. Die hohen Staatsschulden wichtiger Mitgliedstaaten lassen auf absehbare Zeit keine risikogerechte Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen zu. Dies ist aber eine wesentliche Voraussetzung für eine Diskussion über die Einführung einer europäischen Einlagensicherung. Die Coronakrise wird uns hier sogar noch weiter in diesem Bemühen zurückwerfen. Hinzu kommt der völlig unzureichende Abbau fauler Kredite in den Bankbilanzen. Während in Deutschland nur eine geringe Zahl als notleidend eingestuft wird, weisen Italien und Portugal Quoten von 7,2 beziehungsweise 8,3 Prozent, Griechenland sogar 37,4 Prozent auf. Zudem bieten die in Deutschland aufgebauten Institutssicherungssysteme einen höherwertigen Schutz als eine reine Einlagensicherung. Eine Einführung von EDIS würde die Stabilität des Mittelstandes und der Wirtschaft zusätzlich gefährden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun noch ein kurzer Blick auf das **Kundengeschäft** der Genossenschaftsbanken, den Sie ja sonst an dieser Stelle von Herrn Dr. Martin erhalten. Unsere Institute haben im Jahr 2019 von einer vergleichsweise stabilen deutschen Binnenkonjunktur profitiert. Entsprechend konnten sie ihre **Kreditvergabe** über alle Kundengruppen hinweg um 6 Prozent oder 36 Milliarden Euro auf 626 Milliarden Euro steigern. Damit blieb der Wachstumspfad der letzten Jahre intakt, allein zwischen 2014 und 2019 (fünf Jahre) wuchsen die Kreditbestände im Schnitt um 5,4 Prozent. Besonders erfreulich verlief das Geschäft mit unseren **Firmenkunden**. Die Bestände wuchsen um 6,8 Prozent auf 290 Milliarden Euro. Der Marktanteil kletterte um 0,4 Prozentpunkte auf 20,9 Prozent per Ende 2019. Getragen wird diese Entwicklung vor allem von den eher binnenwirtschaftlich ausgerichteten Sektoren wie dem

Dienstleistungsgewerbe einschließlich der freien Berufe, dem verarbeitenden Gewerbe, dem Handel und dem Baugewerbe, und zwar über alle Laufzeitbänder. Auf der **Privatkundenseite** erhöhten sich die Kreditbestände um 5,1 Prozent auf 305 Milliarden Euro. Der Marktanteil blieb stabil bei 23,7 Prozent.

Das seit Jahren anhaltende Wachstum ist auch auf die hohe Nachfrage bei Immobilienkrediten zurückzuführen. In diesem Segment legten die Kredite an Privatkunden um 6,2 Prozent auf 261 Milliarden Euro zu, der Marktanteil stieg leicht um 0,1 Prozentpunkte auf 24,8 Prozent. Vom Trend zu den eigenen vier Wänden profitieren die Genossenschaftsbanken im besonderen Maße, da sie mit über 30 Millionen Kunden und 18,6 Millionen Mitgliedern – unverändert gegenüber 2018 – einen besonders guten Kundenzugang haben. Bereits 195 Genossenschaftsbanken nutzen zudem die verbundene Vermittlerplattform Baufinex zur Stärkung ihrer Präsenz vor Ort. Wir erwarten für die kommenden Jahre nicht, dass sich dieser Trend fundamental umkehren wird. Mit Blick auf die Wohneigentumsquote ist Deutschland immer noch deutlich unterhalb des europäischen Durchschnitts bei vergleichsweise guter Einkommenssituation und hoher Sparquote. Daher ist auch für die kommenden Jahre eher mit einer stabilen Entwicklung zu rechnen.

Dem Wachstum auf der Kreditseite stand eine ebenfalls positive Entwicklung auf der **Einlagenseite** gegenüber. Die Genossenschaftsbanken steigerten im letzten Jahr ihre Kundeneinlagen insgesamt um 38 Milliarden Euro oder 5,5 Prozent auf 735 Milliarden Euro. Der Marktanteil stieg um 0,4 Prozentpunkte auf 18,9 Prozent. Treiber waren die täglich fälligen Verbindlichkeiten, die insgesamt um 39 Milliarden Euro (oder 8,6 Prozent) auf 497 Milliarden Euro stiegen. Mehr als zwei Drittel der Kundeneinlagen der Genossenschaftsbanken sind damit kurzfristige Sichteinlagen.

Wir sehen in dieser Einlagenentwicklung einerseits einen ungebrochenen Zuspruch zu unserem Geschäftsmodell, andererseits aber auch eine Verpflichtung gegenüber unseren Kunden, mit ihnen über alternative, renditeträchtigere Anlageformen zu sprechen. Im Rahmen unserer genossenschaftlichen Beratung stockten die Kunden dabei ihre Wertpapier-, Fonds- und Versicherungsanlagen um 13,3 Prozent auf 381 Milliarden Euro auf.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, entwickeln die Genossenschaftsbanken ihr Geschäftsmodell stetig weiter. Dabei spielen betriebswirtschaftliche Aspekte eine Rolle, schließlich

wird die Niedrigzinsphase noch lange andauern und sich immer stärker in den Bilanzen der Institute niederschlagen. Wir müssen aber außerdem fragen: Wie schaffen wir es, täglich für unsere Kunden und Mitglieder relevant zu bleiben? Auf der letzten Jahrespressekonferenz hatten wir Ihnen bereits angekündigt, dass wir im Rahmen unserer **Digitalisierungsoffensive** unseren Firmenkunden ein neues, speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Banking-Portal zur Verfügung stellen werden. Seit Herbst ist VR Business Banking verfügbar. Das Portal beruht auf der neuen Vertriebsplattform, die von der Fiducia & GAD IT AG realisiert wurde. Unternehmenskunden können dort über alle Zugangswege hinweg neben dem klassischen Zahlungsverkehr mit verbesserter User Experience und neuen Services wie der Einbindung von Fremdkonten ihre Bankgeschäfte erledigen.

Die Digitalisierung hat – wie Sie wissen – die Kundenerwartungen grundlegend verändert. Plattformen und Ökosysteme globaler Anbieter auch jenseits der Finanzbranche werben um den Zugang zum Kunden. Diesen Herausforderungen stellen wir uns. Dabei können wir aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke heraus agieren. Die genossenschaftliche FinanzGruppe ist seit Jahren eine der profitabelsten und kapitalstärksten Bankengruppen Europas. Wir haben mit über 30 Millionen Kunden und 18,6 Millionen Mitgliedern eine aus Sicht der Wettbewerber beneidenswerte Ausgangsbasis. Wir haben eine starke Datenbasis, eine bekannte Marke und genießen nicht zuletzt das Vertrauen der Menschen.

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir in unserem Land in starkem Maße füreinander da sein müssen, um die **Gesundheitskrise gemeinsam zu bewältigen**. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken mit ihren 140 000 Mitarbeitern wollen schon heute allen Menschen danken, die an vielen Stellen Verantwortung übernehmen für unsere Gesundheit, für unsere Sicherheit und Wohlbefinden. Auch wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, indem wir die Menschen wie gewohnt mit Bankdienstleistungen versorgen und den Zahlungsverkehr auch in der Krise aufrechterhalten. Gleichzeitig möchten wir auch an der Zuversicht festhalten, diese Krise mit vereinten Kräften bewältigen zu können. Dies drückt auch unsere neue Dachmarkenkampagne „Morgen kann kommen. Wir machen den Weg frei.“ aus. Natürlich stehen derzeit andere im Themen im Vordergrund. Ich denke aber, dass wir in diesen Tagen nichts so gut gebrauchen können wie Zuversicht.